X. Oeffentliches Sanitätswesen.

Die Stellung der Gerichtsärzte nach den Bestimmungen der deutschen Strafprocessordnung.¹⁾

Von Dr. Oscar Schwartz, Geh. Med.-Reg.-Rath in Köln.

Hochgeehrte Versammlung!

Als mir die Einführung in die diesjährige Section für ger. Medicin und Med.-Polizei übertragen wurde, habe ich anfänglich beschlossen, keinen Vortrag zu halten, um so eifriger mich aber zu bemühen, dass namentlich für Vorträge in der gerichtlichen Medicin andere möglichst geeignete Kräfte gewonnen würden. Erst, als meine Bemühungen wenigstens in der genannten Richtung keinen genügenden Erfolg hatten und fast ausschliesslich Themata medicinalpolizeilichen oder hygienischen Inhalts eingeschickt wurden, welche letztere ich an die Section für Hygiene abgeben musste, als Gefahr vorhanden war, dass die für die Interessen der Rechtspflege und Medicinalverwaltung so wichtige Section für Staatsarzneikunde, welche des innigsten Anschlusses an die gesammte Naturforschung und Heilkunde am wenigsten entbehren kann, abermals, wie dies bei der letzten Naturforscherversammlung in Wiesbaden der Fall war, nicht zu Stande kommen werde, habe ich mich für verpflichtet gehalten, ein in unseren Tagen besonders wichtig gewordenes gerichtlich-medizinisches Thema hier zur Sprache zu bringen, für dessen gründliche Besprechung aber zu meinem Bedauern die uns zugemessene Zeit kaum ausreichen wird. Es haben nämlich kurz vor Beginn unserer Versammlung die Herren Prof. Ungar, Seydel und Schmitz noch gerichtlich-medizinische Vorträge bei mir angemeldet, welche aus besonderen Gründen für die nächste Sitzung nicht zurückgestellt werden konnten.

Die hohe Bedeutung, meine Herren, welche Gutachten ärztlicher Sachverständiger für die Rechtspflege, namentlich für den Strafprocess, in welchem der Richterspruch so häufig von der Entscheidung technischer Fragen abhängig ist, beigelegt werden muss, hat die deutschen Staatsregierungen schon in früheren Jahrhunderten dazu veranlasst, für die gerichtlich-medizinischen Untersuchungen und Gutachten besonders geprüfte ärztliche Beamte anzustellen, welche als beigeordnete Hilfsorgane der Gerichtsbehörden fungieren sollten. Diese angestellten Gerichtsärzte wurden im Sinne der alten deutschen Criminalordnungen, namentlich der preussischen Criminalordnung vom 11. December 1805, fast ausschliesslich zur Wahrnehmung gerichtsarztlicher Functionen aufgefordert, weil die Richter bei den genannten Beamten eine besondere gerichtlich-medizinische Vorbildung, Erfahrung und Kenntniss der für die Ausführung gerichtlich-medizinischer Verrichtungen erlassenen Vorschriften voraussetzen durften. In einzelnen deutschen Bundesstaaten wurde den angestellten Gerichtsärzten als Auszeichnung der Titel „Justizrath“ verliehen, um deren vorwiegend der Rechtspflege bestimmte Thätigkeit zu bezeichnen. Im Anschluss an die in allen deutschen Bundesstaaten bereits bestehende Einrichtung besonders angestellter Gerichtsärzte hat auch die seit 1. October 1879 in Kraft getretene neue deutsche Strafprocessordnung in ihren §§ 73 und 87 ausdrücklich angeordnet, dass, wo für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt sind, nur dann andere Personen gewählt werden sollen, wenn besondere Umstände es erfordern; gerichtliche Leichenöffnungen aber niemals ohne Hinzuziehung wenigstens eines angestellten Gerichtsarztes ausgeführt werden sollen. Als solche besondere Umstände wurden in der damaligen Reichsjustizcommission erwähnt: „Wenn im Wohnort des Gerichtsarztes ein besser geeigneter Specialist sich befindet, ein näher wohnender Arzt mit gleicher oder höherer Qualifikation, als der weiter wohnende Gerichtsarzt.“

Die vorgenannte Erklärung der Reichsjustizcommission scheint nun in neuerer Zeit an vielen Orten die richterlichen Behörden veranlasst zu haben, nicht im Sinne der Strafprocessordnung ausnahmsweise, sondern in der Regel sogenannte Specialisten zu gerichtsarztlichen Verrichtungen heranzuziehen. Ich meine hier nicht die richterliche Hinzuziehung von Specialisten neben den angestellten Gerichtsärzten bei Erhebung des Thatbestandes und gemeinschaftlicher Bearbeitung des Gutachtens, welche Maassregel bei besonders schwierigen Fällen auch früher üblich war und sich bewährt hat, sondern ich meine die erst in neuerer Zeit üblich gewordene Hinzuziehung specialistischer Sachverständiger mit Umgehung und als Ersatz der beamteten Gerichtsärzte. — Dass eine derartige Verwendung der verschiedenen nicht angestellten specialistischen Sachverständigen für richterliche Zwecke der Entwicklung der neuen Heilkunde und den Bedürfnissen der Rechtspflege entsprechend sei, möchte ich wenigstens nach meiner Erfahrung sehr bezweifeln.

Wenn auch die allgemeine Heilkunde bekanntlich sich in verschiedene Fächer oder Doctrinen theilt, welche auf Hochschulen durch specielle Lehrstühle vertreten sind, so haben doch alle approbirten Aerzte in den speciellen Doctrinen, in der inneren Medicin, der Chirurgie, Geburtshilfe, Augenheilkunde etc. die gleiche staatliche Prüfung abgelegt, und ist nicht ohne weiteres bewiesen, dass ein Arzt, der sich als Specialist in einem der genannten Fächer bezeichnet, auch eine höhere Qualifikation in dem betreffenden Fache sich wirklich erworben habe. Wenn ein Arzt sich als Specialist bezeichnet und bezeichnen lässt, so ist damit zunächst nur kundgegeben, dass dieser Arzt mit der heilkünstlerischen Behandlung specieller Krankheiten vorzugsweise oder ausschliesslich sich beschäftige, aus welcher Beschäftigung aber auf eine höhere Qualifikation zur gerichtlich-medizinischen Beurtheilung dieser Krankheiten nicht geschlossen werden kann. Anderenfalls wäre ja die gerichtliche Medicin, eine auf den Hochschulen aller Culturländer anerkannte Doctrin, welche die Anwendung heilwissenschaftlicher Kenntnisse für die Zwecke der Rechtsprechung, sowie das Verständniss der einschlägigen Gesetze lehrt, in welcher Doctrin der deutsche Gerichtsarzt desshalb ausser der allgemeinen ärztlichen

Approbationsprüfung noch eine besondere Prüfung abgelegt hat, überflüssig geworden. Es wird aber doch von keinem der geehrten Anwesenden in Abrede gestellt werden können, dass die gerichtliche Medicin ihre besondere Geschichte, auf wissenschaftliche Erfahrungen begründete besondere Litteratur und Casuistik besitzt, auch auf ihrem speciellen Gebiete eine derartig unausgesetzte Fortbildung verlangt, dass dieselbe mit dem Betriebe einer heilkünstlerischen Specialität kaum sich vereinigen lässt.

Erfahrungsgemäss ist es aber auch für die Gerichtsbehörde mit grossen Schwierigkeiten verbunden, bei Ermangelung geeigneter Gerichtsärzte für die vorliegenden Rechtsfälle andere zuverlässige Sachverständige zu finden, welche ohne Rücksicht auf die Interessen ihrer sonstigen Berufsstellung im Stande und geneigt wären, den richterlichen Requisitionen, die häufig keinen Aufschub zulassen, sofort Folge zu leisten, Reisen zu unternehmen, gerichtliche Termine abzuwarten und mit zeitraubendem Actenstudium verbundene ausführliche Gutachten zu bearbeiten. Eine derartige Bereitwilligkeit ist erfahrungsgemäss namentlich bei hervorragenden, durch ihre Privatpraxis sehr in Anspruch genommenen Specialisten nicht zu erwarten, um so weniger, als die von den Gerichten für Sachverständige bestimmten Gebühren dem anderweitig nicht besoldeten Privatarzt keinen genügenden Ersatz für Zeitverlust bieten. Zwar muss nach § 75 der Strafprocessordnung auch der nicht angestellte Arzt, wenn er die Wissenschaft, deren Kenntniss Voraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, der richterlichen Requisition Folge leisten; die Unlust aber, mit welcher diese Folgeleistung zu geschehen pflegt, kann nur einen ungünstigen Einfluss auf die Qualität des abzugebenden sachverständigen Gutachtens ausüben.

Entspricht also, meine Herren, die Anstellung beamteter Gerichtsärzte nicht nur, wie wir bereits nachgewiesen, den Bestimmungen der Strafprocessordnung, sondern auch der Bedeutung der gerichtlichen Medicin, als einer allgemein anerkannten wissenschaftlichen Doctrin, sowie den thatsächlichen Bedürfnissen der praktischen Rechtspflege, so würde noch zu erörtern sein, ob nicht der, in neuerer Zeit mehr, wie früher, vorkommende Ersatz der Gerichtsärzte durch andere nicht beamtete Sachverständige, auf einer für die Bedürfnisse der Rechtspflege nicht mehr ausreichenden Qualifikation der beamteten Gerichtsärzte beruhen möge? Zutreffenden Falls würden mangelhafte Vorschriften entweder für die Vorbildung oder für die Prüfung des gerichtsarztlichen Personals anzuklagen sein. — Nun sind aber, wenigstens in Preussen, die Vorschriften zur Ablegung der Physikatprüfung durch den Ministerialerlass vom 9. März 1880 so sehr verschärft worden, dass von den Examinanden, die ja überhaupt nur nach mehrjähriger, erfolgreich betriebener ärztlicher Praxis zugelassen werden sollen, ein grosser Theil schon im schriftlichen Theil der Prüfung stecken bleibt und zum praktischen Theil gar nicht vordringt, weil namentlich eine körperlich anstrengende Landpraxis wenig Zeit für grössere schriftliche Arbeiten übrig zu lassen pflegt. Eine weitere Verschärfung namentlich des schriftlichen Prüfungsabschnitts scheint mir deshalb kaum noch zulässig; im Gegentheil würde meines Erachtens eher zu erwägen sein, ob nicht Prüfungscandidaten wegen anderweitig hervorragender und erprobter litterarischer Leistungen auf dem Gebiete der Staatsarzneikunde wenigstens der schriftliche Theil der Physikatprüfung erlassen werden könnte, wie ja auch nach § 29 der deutschen Gewerbeordnung Personen wegen wissenschaftlich erprobter Leistungen sogar von der vorgeschriebenen ärztlichen Approbationsprüfung entbunden werden können.

Wenn also eine weitere Verschärfung der für die Prüfung der Gerichtsärzte bestehenden Vorschriften nicht erforderlich scheint, wird eine Verbesserung und Ergänzung der für die Vorbildung der Gerichtsärzte auf unseren Hochschulen bestehenden Vorschriften kaum in Abrede gestellt werden können, und freut es mich, dass Herr Prof. Ungar heute in einem besonderen Vortrage dieser Frage näher treten will. — Ist es ja auch, meine Herren, eine auf allen anderen Berufsgebieten sich wiederholende Erfahrung, dass die theoretisch strengsten Prüfungsvorschriften für sich allein die praktische Tüchtigkeit des Prüflings nicht verbürgen können, wenn sie nicht ergänzt werden durch eine entsprechend controlirte theoretische und praktische Vorbildung in dem betreffenden Berufsfach. — Schreibt beispielsweise ein Prüfungsreglement für Gerichtsärzte vor, dass der Examinand einen Geisteskranken zu untersuchen und zu begutachten habe, so wird durch die Untersuchung irgend eines unverkennbar Blödsinnigen zwar der Vorschrift genügt, aber damit doch nicht bewiesen, dass der Prüfling im Stande sei, auch die Anfangsstadien der in heutiger Zeit so häufig vorkommenden krankhaften Geistesstörungen rechtzeitig zu erkennen und sein Gutachten durch das dem Richter vorzugsweise imponirende Gewicht eigener bezüglicher Erfahrungen zu begründen.

Ich habe mir erlaubt, schon im Jahre 1857 in der allgemeinen Sitzung der damals in Bonn tagenden Naturforscherversammlung die Stellung der Psychiatrie zur allgemeinen praktischen Heilkunde zu besprechen und, gestützt auf die Autorität der damals lebenden Kliniker Nasse, Horn, Wunderlich, Falret und Anderer, die Unentbehrlichkeit einer psychiatrischen Vorbildung namentlich für den Gerichtsarzt nachzuweisen gesucht. Was ich schon damals vertreten, kann ich heute nach einer weiteren 31jährigen Erfahrung nur vollständig bestätigen. — Bekanntlich ist aber ein Nachweis über psychiatrische Vorbildung für die Zulassung zur gerichtsarztlichen Prüfung auch jetzt noch nicht vorgeschrieben, ebenso wenig ein Nachweis über den Besuch der Vorlesungen über gerichtliche Medicin oder Theilnahme an den Lehrkursen in einem Institut für Staatsarzneikunde.

Ausser der noch mangelhaften Vorbildung hat es sich nach meiner Erfahrung als ein weiterer sehr beklagenswerther Uebelstand für die erfolgreiche Wirksamkeit der beamteten Gerichtsärzte herausgestellt, dass dieselben nach den auch für andere Beamte gültigen Pensionierungsgesetzen bei einer durch hohes Alter oder sonstigen körperlichen Gebrechen eingetretenen Dienstunfähigkeit nicht rechtzeitig in das wohlverdiente otium cum dignitate versetzt werden können. — Es giebt ja kaum ein Amt, meine Herren, welches neben gereifter Erfahrung auch gleichzeitig einer grösseren körper-

¹⁾ Vortrag, gehalten in der Section für gerichtliche Medicin und Med.-Polizei der 61. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

lichen und geistigen Rüstigkeit, einer mehr andauernden allgemeinen Fortbildung auf dem Gesamtgebiete der Heilkunde und speciell der Staatsarzneikunde bedarf, wie das Amt eines bei grösseren Justizbehörden beschäftigten Gerichtsarztes, namentlich seit Einführung des öffentlichen Gerichtsverfahrens, wo derselbe Richtern, Geschworenen, Staatsanwälten, Verteidigern und den von Parteien angestellten Sachverständigen schlagfertig auf der Stelle Rede und Antwort stehen und sein auf den objectiven Thatbestand gestütztes Gutachten aufrecht halten muss. Wie schwierig aber auch in ländlichen Physikatsbezirken die instructionsmässige Ausführung gerichtsarztlicher Untersuchungen ist, wie oft Gesundheit und Geduld der Gerichtsärzte dabei auf die härtesten Proben gestellt werden, kann ich gleichfalls aus meiner eigenen Erfahrung bestätigen. Ein durch hohes Alter geschwächer Körper pflegt derartigen Leistungen nicht mehr gewachsen zu sein.

Soll also das altddeutsche Institut beamteter Gerichtsärzte noch ferner in seiner Bedeutung aufrecht erhalten, und den Bestimmungen der deutschen Strafprocessordnung genügt werden, so scheint mir zweierlei nothwendig zu sein:

1. Dass der Besuch der Vorlesungen über Staatsarzneikunde (gerichtliche Medicin und Staatsarzneikunde), sowie einer psychiatrischen Klinik wenigstens denjenigen Studenten vorgeschrieben werde, welche sich der Physikatsprüfung unterziehen wollen;

2. Dass den angestellten Gerichtsärzten ein nach dem Umfange ihres Wirkungskreises zu bemessendes pensionsberechtigtes Gehalt zugestanden werde, welches die Möglichkeit bietet, dieselben, wie alle übrigen Staatsbeamten, bei eingetretener körperlicher oder geistiger Unfähigkeit rechtzeitig in Ruhestand zu versetzen.

Meine Herren, wenn die *justitia* das *fundamentum regnorum* bleiben soll, dann wird auch derjenige Theil der Heilwissenschaft, welcher sich vorzugsweise in den Dienst der Rechtspflege gestellt hat, nicht zurückgesetzt und vernachlässigt werden dürfen.

Ueberall wird heutigen Tages die Gesundheit als das höchste Gut, und die Krankheit als das grösste Uebel bezeichnet; aber dabei darf doch nicht vergessen werden, dass auch noch heute den meisten Menschen das Recht, die Ehre und der gute Name höher gilt, wie Gesundheit und Leben, und ohne den Besitz oder die Möglichkeit der Wiedergewinnung dieser idealen Güter das Leben überhaupt seinen Werth verlieren kann. Wie oft aber in der Criminaljustiz nicht nur die Ehre eines einzelnen Angeschuldigten, sondern der gute Name ganzer Familien gerettet oder vernichtet werden kann lediglich durch die Gutachten ärztlicher Sachverständiger, werden mir alle hier Anwesenden bestätigen, die auf langjährige gerichtsarztliche Erfahrungen zurückblicken können. Namentlich mit Rücksicht auf die in heutiger Zeit so häufig vorkommenden Beschuldigungen der Aerzte wegen kunstwidriger oder fahrlässiger Krankenbehandlung scheint es mir nicht nur durch das Interesse des Allgemeinwohls, sondern auch durch das besondere Interesse des ärztlichen Standes geboten, dass der Gerichtsbehörde möglichst berufstüchtige und unabhängige Sachverständige zur Seite gestellt werden, welche ihre Gutachten weder einseitig zu Gunsten der Anklage noch der Vertheidigung, sondern unparteiisch nach dem Standpunkte der allgemein anerkannten naturwissenschaftlichen Heilkunst zu vertreten im Stande sind nach dem Grundsatz: *Amicus Plato, amicus Aristoteles sed magis amica veritas!*